Zeitschrift: Sonos / Schweizerischer Verband für Gehörlosen- und Hörgeschädigten-Organisationen

Herausgeber: Sonos Schweizerischer Verband für Gehörlosen- und Hörgeschädigten-Organisationen

Band: 103 (2009)

Heft: 12

Rubrik: Soziales und Politik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

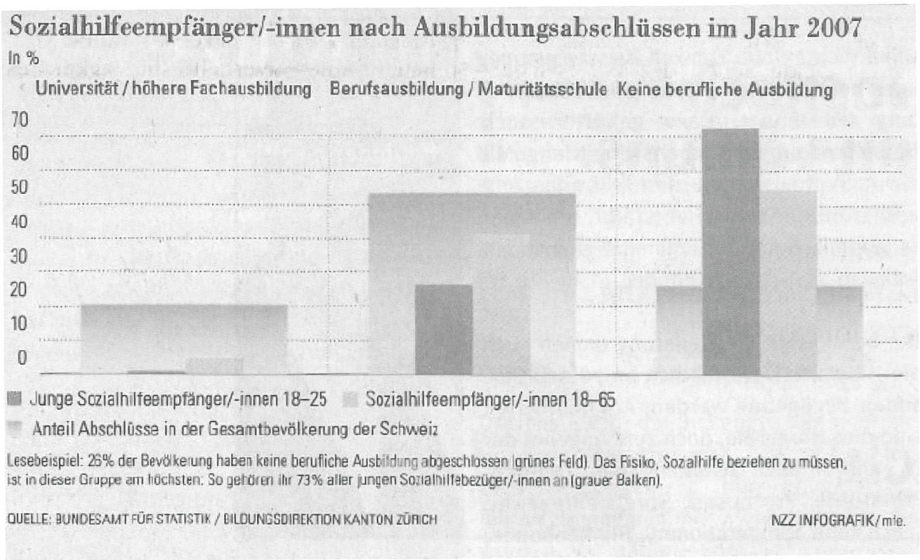
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch



Berufsbildung Kanton Zürich, an der ein knappes Dutzend Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung teilnahm, als Arbeitsgrundlage gedient. Auf dem Lehrstellenmarkt herrsche zwar Entspannung, aber nicht Entwarnung, sagte Regierungspräsidentin Regine Aeppli bei der Präsentation der Ergebnisse im Anschluss an die Konferenz. Die erfreuliche Entwicklung sei das Resultat des gemeinsamen Engagements aller beteiligten Partner.

Nach wie vor hat der Lehrstellenmarkt aber auch seine problematischen Seiten. Eine davon ist die hohe Zahl der Lehrvertragsauflösungen, die glücklicherweise allerdings häufig nicht mit einem Ausbildungsabbruch gleichzusetzen sind. Eine weitere ist, dass rund ein Viertel der Schulabgänger keine direkte Anschlusslösung findet, sondern auf eine Zwischenlösung ausweicht. Der Bericht zeigt, dass die Jugendarbeitslosigkeit der 15- bis 19-Jährigen trotz den vielen Lehrstellen seit Januar 2009 angezogen hat und im Kanton Zürich im Juli mit 4,1 Prozent 1 Prozent über dem nationalen Schnitt lag. Zurzeit liegt die Zahl der Arbeitslosen in dieser Gruppe im Kanton Zürich deutlich über 5 Prozent, aber unter dem nationalen Durchschnitt. Unter den Gründen für die Jugendarbeitslosigkeit hebt der Bericht ein tiefes Bildungsniveau hervor. Bei den 20- bis 24-Jährigen ohne Lehrabschluss ist die Arbeitslosigkeit fast doppelt so hoch wie bei den Gleichaltrigen mit Berufsausbildung. Aehnliches gilt für die Sozialhilfe (siehe Grafik). Dass gerade Jugendliche eine hohe Sozialhilfequote aufweisen, zeige, dass diese beim Eintritt in die Erwerbstätigkeit noch besser zu unterstützen seien, und zwar schon in der Schulzeit, heisst es im Bericht.

Bildung als Gegenmittel

Bildung sei das beste Mittel, ein Abgleiten in die Jugendarbeitslosigkeit zu verhindern, hielten Aeppli und ihre Regierungskollegin Rita Fuhrer fest. Letztere wies aber darauf hin, dass im Lehrstellenbereich nicht die potenziellen Lehrlinge, sondern die Unternehmen die Nachfrage definierten. Wichtig sei, dass sich die Berufsausbildung dem veränderten Umfeld anpasse. Die Konferenz Berufsbildung empfiehlt, in den Jahren 2010 und 2011 Verbesserungen in vier Bereichen anzustreben: Erstens seien Lehrvertragsauflösungen mit Hilfe der Berufsinspektoren zu vermeiden. 9 Prozent aller Verträge würden aufgelöst, die Hälfte davon im ersten Lehrjahr. Bei Abbrüchen sei intensiv nach neuen Lösungen zu suchen, bei denen Erwartungen und Realität besser zusammenpassten. Zweiten sollen im Rahmen eines breit abgestützten Projekt internationale Firmen vermehrt für die Berufsbildung gewonnen werden. Drittens sollen die Brückenangebote besser gesteuert werden. Sie sollen sich nicht schleichend zu einem 10. Schuljahr entwickeln, wie Aeppli sagt. Und viertens müsse die Kooperation aller beteiligten Institutionen gezielter funktionieren.

Schuldenexplosion in der Arbeitslosenkasse

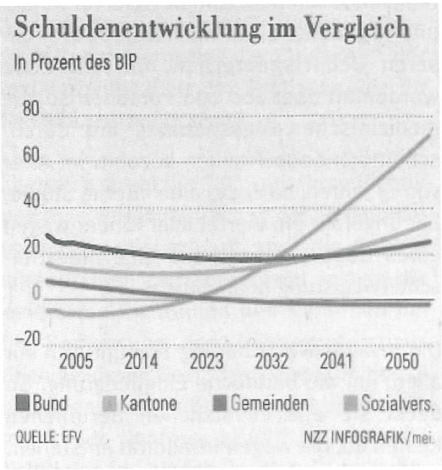
Text: Beat Waber in NZZ vom 6. November 2009

Nach neusten Prognosen steigen die Schulden in der Arbeitslosenversicherung nächstes Jahr auf über 10 Milliarden Franken. Die Sozialwerke werden finanzpolitisch zum grössten Problem.

Es sollte ein Weckruf sein: Die eidgenössische Finanzverwaltung hat neulich berechnet, wie die Schuldenquote der drei Staatsebenen sowie der Sozialversicherungen bis 2050 steigt, wenn die Politik passiv bleibt und wenn sich Bevölkerung und Wirtschaft erwartungsgemäss entwickeln (siehe Grafik). Die Unsicherheiten bei derart langfristigen Perspektiven sind naturgemäss gross, der Trend ist aber eindeutig: Während Bund, Kantone und Gemeinden ihre Haushalte mehr oder weniger im Griff haben, laufen die Sozialwerke ohne Gegenmassnahmen aus dem Ruder.

Unheilige Allianz

Bei der Invalidenversicherung, deren Schuldenberg zurzeit am höchsten ist, wurden Massnahmen inzwischen eingeleitet. Das Volk hat eine Zusatzfinanzierung angenommen, und Revisionen auf der Leistungsseite sind in Kraft oder unterwegs. Bei der AHV ist der Handlungsdruck dank Reserven noch nicht so akut; wegen der Alterung der Bevölkerung wird er aber markant zunehmen. Am brisantesten ist momentan jedoch die Situation bei der Arbeitslosenversicherung. Gemäss Serge Gaillard, Direktor für Arbeit im Volkswirtschaftsdepartement, steigen die Schulden wegen der Wirtschaftskrise nach den neusten Prognosen bis Ende 2010 auf 10,6 Milliarden Franken. 2011 erreichen sie ohne Gegenmassnahmen gar 14,4 Milliarden. Trotzdem hat die Wirtschaftskommission des Nationalrates eine Revision abgelehnt. Die Linke verwarf sie wegen der geplanten Leistungskürzungen von jährlich 700 Millionen; die Mehrheit der SVP- und FDP-Vertreter trug die Vorlage wegen Beitragser-



höhungen von insgesamt rund 900 Millionen nicht mit.

Am 5. November 2009 hat der Gewerkschaftsbund (SGB) darzulegen versucht, weshalb dieses nein richtig sei und nicht in eine Schuldenfalle führe. Sollte die Revision am Ende doch durchkommen, würde er das Referendum ergreifen, erklärte Präsident Paul Rechsteiner. SGB-Chefökonom Daniel Lampart begründete dies einerseits mit den aus seiner Sicht untragbaren Leistungskürzungen für Junge und für Langzeitarbeitslose - Gruppen, welche die Krise am härtesten trifft. Anderseits verwies er auf das geltende Recht, das den Bundesrat verpflichtet, bei Überschreitung eines Schuldenplafonds von derzeit rund 6,5 Milliarden die Lohnabzüge um bis zu 0,5 Prozent zu erhöhen und das Solidaritätsprozent auf höheren Einkommensteilen wieder einzuführen. In der Revision ist nebst dem Solidaritätsprozent „nur" eine Erhöhung von 0,3 Prozent vorgesehen.

Kommt Erhöhung zu früh?

Für Serge Gaillard, Lamparts Vorgänger im Gewerkschaftsbund, geht diese Rechnung jedoch nicht auf. Die Revision bringe mit den Leistungskürzungen mehr als eine (etwas stärkere) Beitragserhöhung allen. Die Bundesratskompetenz für die Erhöhung sei zudem mit dem Auftrag zu einer Gesetzesrevision verknüpft.

Klar ist, dass die Beiträge nach geltendem Recht 2011 erhöht werden müssen. Umstritten ist allerdings auch, ob die Erhöhung konjunkturpolitisch nicht zu früh käme. Der Unternehmer Johann Schneider-Ammann (FDP, Bern) hatte in der Nationalratskommission beantragt, die Revision einzuführen, doch mit den Massnahmen allenfalls bis 2012 zuzuwarten. Der Nationalrat entscheidet über die Vorlage in der Wintersession.

Arbeitshaus – Erziehungsheim – Kompetenzzentrum

Text: Urs Hafner in Neue Zürcher Zeitung vom 2. November 2009

Über zweihundert Jahre lang stritten sich Ärzte und Pädagogen darüber, ob elternlose Kinder besser in Pflegefamilien oder in Anstalten aufgehoben seien. Heute geben sich die Fachleute pragmatischer. Doch Heime sind noch immer umstritten.

Wie Ethnologen berichten, war es auf den westpazifischen Karolinen noch im 20. Jahrhundert üblich, dass Eltern ihre Kinder dauerhaft in fremde Hände gaben - nicht weil sie überfordert gewesen wären, sondern weil diese Sitte für das Gedeihen des Nachwuchses als förderlich galt. Im modernen Westen herrscht eine andere Auffassung vor: Kinder und Jugendliche gehören bis zur Volljährigkeit ins Elternhaus. Nur im Notfall sollen sie ohne ihre Eltern aufwachsen.

Der tritt indes öfter ein, als man denkt. Er betrifft neben Waisen und Behinderten vor allem Kinder und Jugendliche, die in der Schule anecken, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten oder deren Eltern - meist die Väter - die Erziehung derart vernachlässigen, dass die Behörden einschreiten. Heute werden in der Schweiz „normalbegabte und verhaltensauffällige" Kinder in Pflegefamilien sowie einer Vielzahl von sozialpädagogischen Institutionen „fremdplatziert": vom familienähnlichen Kleinbetrieb über Schulinternate und Einrichtungen der Nach- und Umerziehung bis hin zur Massnahmenvollzugsanstalt.

Internat klingt besser als Heim

Mit seiner Ausdifferenzierung ist das klassische Erziehungsheim nahezu verschwunden. Das wird nur schon an der Bezeichnung ersichtlich: Viele Einrichtungen nennen sich nicht mehr „Heim", sondern „Internat", „Station" oder gar „Kompetenzzentrum". Und mit der fortschreitenden Transformation des Heims hat der über zweihundertjährige Streit, den sich Erzieher, Gelehrte und Pädagogen darüber lieferten, ob Anstalten oder Pflegefamilien die bessere Lösung böten, an Schärfe verloren.

Besonders heftig flackerte der Streit um Heime um 1970 auf. Nachdem mehrere Zeitschriften über sadistische Strafmethoden berichtet hatten, formierte sich die sog. Heimkampagne: Pädagogen, Zöglinge und Juristen bemängelten, dass die Anstalten nicht die Persönlichkeitsentwicklung der Insassen förderten, sondern deren Anpassung an die bestehende Ordnung erzwängen. Die Kampagne forderte das „Selbstbestimmungsrecht aller Jugendlichen in die Wahl zwischen Elternhaus und Selbstorganisation in Wohnkollektiven", die bestehenden Heime sollten „selbstverwaltet" werden.

Wenn auch heute manche Vorstellungen der Heimkampagne illusorisch anmuten, so trug sie doch dazu bei, dass diese Institutionen durchlüftet und entideologisiert wurden. Die zum Teil bis heute nachwirkende weltanschaulich-religiöse Aufladung der Kinderheime setzte Anfang des 19. Jh. ein, als Industriealisierung und Hungersnöte zur Verelendung breiter Bevölkerungsschichten führten. Die bürgerlichen Schichten reagierten besorgt auf den in ihren Augen verwerflichen Lebensstil der Unterschichten und die Ausbreitung kommunistischer Ideen.

Inspiriert von Johann Heinrich Pestalozzi, gründeten Pfarrer, Philanthropinnen und Pädagogen zahlreiche „Rettungsanstalten". Sie setzten geradezu utopische Hoffnungen in die konfessionell, geschlechtergetrennt und autoritär geführten Einrichtungen. Ausserhalb der sündigen Städte gelegen, sollten sie die moralisch verwahrloste - und oft der elterlichen Obhut entrissene - Jugend unter der Anleitung des „Heimvaters" zu gehorsamen Bürgern und frommen Christen heranziehen. Als solche würden sie später vorbildlich auf ihre Kinder einwirken und die gesamte von Degeneration bedrohte Gesellschaft von Grund auf erneuern. Einer der schärfsten Kritiker der Erziehungsanstalten war der Literat Carl Albert Loosli. In seinem Buch „Anstaltsleben" (1924) forderte er ihre Abschaffung und die Einrichtung von Kleinstheimen, die nur drei oder vier Kinder betreuten. Der unehelich Geborene hatte die Folgen einer autoritär-kollektivistischen Erziehung am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Lebenslang trug Loosli das Stigma des Heimkinds mit sich herum.

Düster Kapitel

Im Mittelalter dürfte die gesellschaftliche Stigmatisierung elternlos aufwachsende Kinder weniger getroffen haben als heute. Jene Zeit kannte zwar keine kindgerechte Pädagogiken und individualisierten Förderprogramme, aber auch keine neurobiologische Dysfunktionen und auch keine entehrende Armut. Elternlose Kinder wurden im Spital oder im Waisenhaus versorgt, meist in den gleichen Räumen wie die Erwachsenen. Wer sie in Obhut nahm und Almosen spendete, befolgte ein göttliches Gebot.

Der Arme wurde als solcher respektiert, weil er dem Reichen eine Möglichkeit zur Erlangung von Gnade bot. Mit der Reformation änderte sich die Einstellung zur Armut. Wer dazu imstande war, sollte arbeiten, um nicht dem Gemeinwesen zur Last zu fallen und sich damit zu versündigen. Das bekamen auch die Waisenkinder zu spüren. In der frühen Neuzeit internierten die Obrigkeiten der reformierten Städte Jugendliche in Arbeitshäusern, wo sie unter grossen Mühen für ihren Unterhalt aufkommen mussten. An diesen Anstalten entzündete sich Ende des 18. Jh. der sog. Waisenhausstreit - die erste grössere Debatte über die Vor- und Nachteile von Pflegefamilien und Heimen.

Als Arbeitskräfte missbraucht

Geistliche, Ärzte und aufklärerische Bürger wiesen auf die in vielen Anstalten herrschenden unhygienischen Zustände und die hohe Kindersterblichkeit hin. Statt dass man die Kinder zu Arbeitsfähigkeit, Religiosität und Sittlichkeit erziehe, richte man sie zugrunde. In Pflegefamilien wären sie viel besser versorgt. Das sog. Verdingwesen, die behördlich angeordnete Unterbringungen von Unterschichtkindern auf dem Land, bewährte sich allerdings überhaupt nicht. Tausende von Kindern und Jugendlichen wurden im 19. und 20. Jh. als günstige Arbeitskräfte missbraucht. Das von der Pro Juventute getragene „Hilfswerk für die Kinder der Landstrasse“ nahm den Fahrenden zwischen 1926 und 1973 systematisch ihre Kinder weg und brachte sie in Pflegefamilien, Heimen und Kliniken unter, um aus ihnen rechtschaffene Menschen zu formen.

Heute scheint der Streit, ob Heime oder Pflegefamilien besser seien, entschieden zu sein. Dass Letztere für kleine Kinder geeignet sind, während Jugendliche, die durch ihre Herkunftsfamilie traumatisiert wurden, in Heimen unter Umständen entlastende Lebensbedingungen vorfinden, ist unbestritten. Ohnehin sind die Grenzen zwischen Herkunfts-, Pflegefamilie und stationärer Einrichtung durchlässig geworden. Das Heim ist heute Gegenstand einer ganz anderen Frage: ob ihm die ambulante Hilfe, etwa der sozialpädagogischen Familie oder multisystemischen Therapie, vorzuziehen sei. Oftmals ist beim Entscheid jedoch letztlich gar nicht die Fallgeschichte, sondern das fehlende Geld der öffentlichen Hand ausschlaggebend. Heime sind teuer.

Clintons Appell zur Integration Behinderter – Einweihung des Center for Disability and Integration an der Universität St. Gallen

Text: Jörg Krummenacher in Neue Zürcher Zeitung vom 6. November 2009

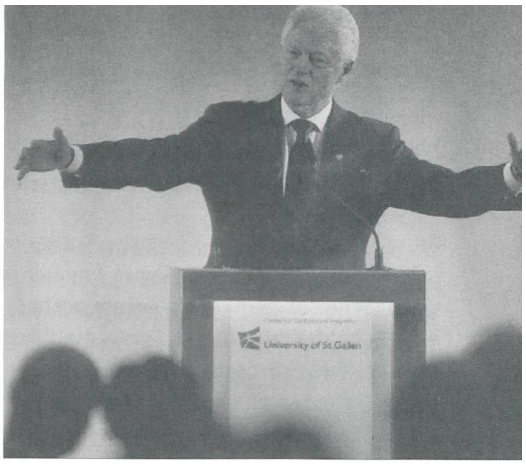
Die Universität St. Gallen hat ein Forschungszentrum eingeweiht, das die berufliche Integration von Behinderten verbessern will. Bill Clinton rief als Schirmherr der Stiftung „My Handycap“ dazu auf, das Potenzial behinderter Menschen besser zu nutzen.

Das Bundesamt für Sozialversicherungen versucht es mit provokativen Plakatkampagnen, die Universität St. Gallen (HSG) mit wissenschaftlicher Grundlagenarbeit: Behinderte sollen besser in Gesellschaft und Arbeitswelt integriert und reintegriert werden. Offensichtlich braucht es besondere Aktionen, um für das Anliegen ein breites Publikum zu finden. Die HSG, unterstützt von der Stiftung „My Handicap“, lud deren Ehrenschirmherrn Bill Clinton zur Eröffnungsrede des neuen Center for Disability and Integration (CDI-HSG) ein. Der ehemalige US-Präsident kam, sprach ohne Gage in freier Rede vor einem ausgewählten 170-köpfigem Kreis und beeindruckte mit einem sehr persönlichen Zugang zum Thema.

„Wir alle haben Defekte“

Clinton erzählte Beispiele von Ausgrenzung und Diskriminierung Behinderter. Es sei während seiner US-Präsidentschaft einfacher gewesen, den Friedensprozess im Nahen Osten zu starten, als in den USA einem behinderten Mädchen den Zugang zur Schule zu verschaffen. Das weltweite Engagement zugunsten der beruflichen Integration Behinderter sei auch eine Frage des wirtschaftlichen Eigeninteresses: Es gelte, deren Fähigkeiten zu nutzen, statt sich darauf zu fokussieren, wozu sie nicht fähig seien. Die Unterscheidung in behinderte und nichtbehinderte Menschen müsse aufhören. „Jedermann hat gewisse Behinderungen, wir alle haben emotionale Defekte“, sagte Clinton im Weiterbildungszentrum der HSG.

Den Betroffenen selbst riet er, nicht an die Vergangenheit und daran zu denken, was sie verloren hätten, sondern nach vorne zu schauen und ihre Stärken zu entfalten. Einer, der dies getan hat, ist Joachim Schoss. Der Unternehmer verlor 2002 bei



einem unverschuldeten Töffunfall den rechten Arm und das rechte Bein. Er gründete die Stiftung „My Handicap“ zur Reintegration behinderter Menschen. Während einer Veranstaltung in London wurde er Bill Clinton vorgestellt, der sich mit seiner eigenen Foundation nicht nur für die Bekämpfung von Aids und Malaria oder für Massnahmen gegen den Klimawandel einsetzt, sondern auch für Benachteiligte in aller Welt. Clinton wurde zum Ehrenschirmherrn von „My Handicap“.

Schoss stellte für die Einrichtung des HSG-Forschungszentrums 14 Millionen Franken zur Verfügung. Dies deckt das Budget, neben einem Beitrag des Kantons St. Gallen, für 14 Jahre ab. Schoss machte die Erfahrung, dass die empirische Forschung auf dem Gebiet der sozialen und wirtschaftlichen Integration mehr oder weniger brachliege und dass auch die praktische Lebenshilfe für Behinderte markant verbessert werden können. Den grössten Engpass bei der beruflichen Integration sieht er auf Arbeitgeberseite.

Die Platzierung des Forschungszentrums an der HSG sei deshalb naheliegend gewesen. Nach Angaben der Europäischen Kommission sind nur 40 Prozent der Menschen mit Behinderung in den Arbeitsprozess integriert. Das CDI-HSG ist seit letztem Frühling tätig und mit neun Mitarbeitern dotiert. Die beiden Direktoren Eva Deuchert und Stephan Böhm werden sich der volks- und betriebswirtschaftlichen Forschung widmen, aber auch beratend und in der Lehre tätig sein. Die Arbeit werde sehr praxisnah erfolgen.

Untersuchungen zur IV

Einen Schwerpunkt setzen sie auf Untersuchungen zur Invalidenversicherung, so sei es doch unklar, weshalb die Zahl der IV-Renten stark angestiegen sei. Sie riefen am 5. November 2009 gleich auch einen Wettbewerb für Unternehmen ins Leben, mit dem Fälle von vorbildlicher beruflicher Integration sowie Ideen dazu prämiert werden sollen.